

266/2005

Stuttgart, den 01.09.2005

Grüne zu PKW-Maut-Idee Oettingers:

Boris Palmer: Mehrbelastung für die Autofahrer oder Löcher im Haushalt

Die PKW-Maut, wie sie von der baden-württembergischen Landesregierung im Bundesrat beantragt wurde, wird von den Grünen im Stuttgarter Landtag abgelehnt. Ministerpräsident Oettinger hat – gegen den Widerstand der Kanzlerkandidatin Angela Merkel – vorgeschlagen, eine Autobahnvignette einzuführen und im Gegenzug dafür die Mineralölsteuer zu senken. Dies wurde als Beschlussvorschlag bereits an alle Landesregierungen verschickt. Eine Vignette – so der verkehrspolitische Sprecher der Grünen im Landtag Boris Palmer - macht weder ökologisch noch verkehrspolitisch noch steuerpolitisch einen Sinn. Palmer: „Die Vignette ist nicht streckenbezogen, sondern kostet den Halter eines PKW Geld, ob er fährt oder nicht. Somit ist sie kein Anreiz weniger zu fahren oder auf andere Verkehrsmittel umzusteigen. Statt ökologische Anreize zu setzen treibt die Vignette die Autofahrer auf die Bundesstraßen und die Ortdurchfahrten. Da eine Vignettenmaut zusätzliche Erhebungs- und Kontrollkosten verursacht, entstehen durch den Oettinger-Vorschlag entweder Löcher in den Landeshaushalten oder die Autofahrer müssten zusätzlich belastet werden. Man hat den Anschein, dass der Chaospegel im Staatsministerium steigt, sonst würden keine Bundesratsinitiativen diesen Kalibers gestartet, die von Merkel wieder gestoppt werden, vor sie den Bundesrat passiert haben.“

Palmer hat von visionären Vorschlägen a la Kirchhof langsam genug: „Bei der CDU weiß die rechte Hand nicht, was die linke tut. Oettinger sagt hü, Merkel hot. Alle wissen, dass die Maut

kommen wird. Es ist daher an der Zeit, den Wählerinnen und Wählern vor der Wahl reinen Wein einzuschenken, damit sie wissen, was im Falle eines CDU-Wahlsiegs nach der Wahl auf sie zukommen wird.“ Palmer wies darauf hin, dass die Ablehnung der baden-württembergischen PKW-Maut-Forderung durch Stolpe seinerseits von der Landesregierung als „konzeptionslos“ gebrandmarkt wurde. Palmer: „Ich kann wohl davon ausgehen, dass die Ablehnung durch Frau Merkel die gleiche Qualifizierung durch die Landesregierung erfahren hat – wenn auch nicht so hörbar.“